



Claus-Dieter Hirt:
Kreistagsitzung vom 30. Januar 2017 –
Haushaltsrede Fraktion Bündnis 90/Grüne

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Herrn Landrat Hämmerle, Herrn Burger und allen Beteiligten möchte ich für die Vorstellung und die Diskussion über das Zahlenwerk im Namen meiner Fraktion der Bündnis Grünen danken.

Folgende Anmerkungen von unserer Seite:

1. Der Kreishaushalt – aktuell mit einem Volumen von 303 Mio. EUR – ist Fundament unseres kreispolitischen Handelns. Er zeigt auf, wie wir unsere laufenden Aufgaben erfüllen und finanzieren müssen, aber auch, was wir uns an Infrastruktur leisten können.

Wir leben in wirtschaftlich guten Zeiten. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten sowie die monatlichen Konjunkturindikatoren sind nach wie vor günstig. Den aktuellen Wirtschaftsdaten zufolge, dürfte sich demnach der konjunkturelle Aufschwung fortsetzen.

Die Folge einer solch guten Rahmensituation war bisher auch Zeit zum Schuldenabbau.

Beim Bearbeiten des Haushaltsplan 2017 stellt sich diese Frage und sie stellt sich eben deshalb, weil die wirtschaftliche Lage wie geschildert dauerhaft stabil prognostiziert wird und die Arbeitslosigkeit in unserer Region das niedrigste Niveau seit Jahrzehnten hat.

Nach den aktuellen Empfehlungen bleibt die Nettoneuverschuldung – außerhalb des Bereichs Asyl – zwar bei 0 Euro, der Schuldenstand insgesamt erhöht sich aber leider von 40,9 auf über 43 Mio. Euro. D.h. dem Landkreis gelingt es nicht, in diesen wirtschaftlich guten Zeiten für schlechtere Zeiten vorzusorgen! Der Schuldenberg steigt faktisch; wir dürfen dies nicht aus den Augen verlieren.

Die Fraktion der Grünen hat hierzu eine klare Position: in Zeiten sehr guter Konjunktur müssen Schulden angemessen abgebaut werden. Angemessen bezieht sich einerseits auf die Belastung der Städte und Gemeinden und andererseits auf die Investitionsvorhaben, die geplant oder schon beschlossen sind, also auch auf die längerfristige Finanzierungsleistung, die der Kreis erbringen muss.

Der vorgeschlagene Kreisumlagehebesatz liegt mit 29,9 % zwar fast exakt im Landestrend der Kreishaushalte. Nichts hätte aber dagegen gesprochen, die Kreisumlage etwas zu erhöhen.

Exkurs: (Nun werden die Bürgermeister sagen: dann machen wir die Schulden. Meine Herren und Bürgermeister – Umlagefinanzierung heißt Investitionen über den Umlagehebesatz zu finanzieren. Heute hilft die gute Steuerkraft den Städten und Gemeinden, die Kreisumlage zu verkraften – und keiner sagt, dass dies einfach ist.)

2. Im Sozialbereich geht die Waage zum Schlechten: die Kosten für die sozialen Leistungen steigen von 2016 noch 108 Mio. auf 2017 voraussichtlich 120/122 Mio. Euro. Das ist eine für gute Konjunkturdaten ungewöhnliche Entwicklung.

Gleichwohl: Soziale Demokratie basiert auf einem leistungsfähigen Sozialstaat. Der Sozialstaat ist unabdingbare Voraussetzung für unsere demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die Integration der Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt aber braucht Zeit und Voraussetzungen, die nicht in kurzer Zeit zu erreichen sind; auch dies schlägt sich im Sozialhaushalt nieder.

Die Flüchtlingskrise hat unsere Kreisverwaltung 2016 plötzlich vor schier unlösbare Aufgabenberge gestellt. Heute kann man feststellen: die Aufgabe wurde und wird gelöst, die Verwaltung hat Konzepte gefunden, nach Recht und Gesetz mit allen Betroffenen umzugehen. Viele der Mitarbeiter*innen gingen an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit und die Verwaltung hat sich als eine Einheit erwiesen, die Probleme gut bewältigen kann. Ein herzlicher Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung des Landratsamtes, die sich so engagiert für unseren Kreis einsetzen.

3. Wir wollen seitens unserer Fraktion der Bündnis Grünen im anstehenden Haushalt auf drei für uns wichtige Themen eingehen:

- Wir freuen uns, dass unser Antrag auf Beitritt des Landkreises zur Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg e.V. (AGFK) und der damit verbundenen beantragten neuen Stelle offensichtlich eine Mehrheit in diesem Gremien findet. Das Fahrrad ist ein vielfältiger ökologischer und mobiler Problemlöser. Unsere Mobilität generell wird in Zukunft nur verantwortbar sein, wenn wir Bahn und Rad Vorfahrt gewähren. Öffentliche Verkehrsmittel insgesamt brauchen deshalb eine noch bessere Infrastruktur und deren intelligente Vernetzung. Eine flächendeckende und auch soziale Förderung des ÖPNVs in seiner ganzen Breite ist notwendig.

Wir bedauern in diesem Zusammenhang sehr, dass unser Diskussionsantrag zur Einführung von Sozialtarifen im ÖPNV und die entsprechende Bereitstellung von Mitteln im Haushalt 2015 keine entsprechende Unterstützung fand.

Die oft beschriebene Schwierigkeit, den Gesamtzusammenhang kommunal- und kreispolitischen Handelns und unserer Verantwortung dafür zusammenzuführen, zeigt sich gerade in diesem Themenbereich, denn gerade dann, wenn günstiger Wohnraum stets knapper wird und infolgedessen Menschen mit geringerem Einkommen sich allein aus wirtschaftlichen Gründen an der Peripherie der Zentren unseres Landkreises ansiedeln müssen, setzt dies eine funktionierende Infrastruktur voraus, die Menschen nicht nur eine Teilnahme am gesellschaftlichen und geselligen Leben, sondern eben auch die Deckung des täglichen Bedarfs ermöglicht.

- Unsere Fraktion unterstützt ausdrücklich den Antrag auf Beteiligung an der internationalen Kampagne „fairtrade towns“ und die damit verbundenen Maßnahmen.

Das Konsumverhalten jedes Einzelnen hat globale Auswirkungen. Der bewusste Kauf von fairen Produkten kann unsere Welt nachhaltig verbessern und vielen Menschen ein menschenwürdiges Leben aus eigener Kraft in ihrer Heimat ermöglichen.

Der wirtschaftsstarke Landkreis Tuttlingen will sich als Fairtrade-Kreis zertifizieren lassen und damit ein Zeichen für mehr Gerechtigkeit und Fairness setzen – das hat der Kreistag mehrheitlich beschlossen. Es wäre wertvoll, wenn auch wir ein solches Zeichen setzen würden.

- Als dritten von uns genannten Schwerpunkt begrüßen wir die Schaffung einer Personalstelle bei der Stabstelle Wirtschaftsförderung/Tourismus zur Koordinierung der Fachkräfteallianz Landkreis Konstanz. Dies ist Mittelstandsförderung in dem für und in unserem Bundesland erfolgreichen Sinne.

Wir GRÜNE stehen zu unseren Krankenhäusern, ohne Wenn und Aber. Mit dem unwürdigen politischen Versteckspiel und dem Wegschieben der Verantwortung auf dem Rücken der Beschäftigten im Krankenhaus, den Belegärzten und den betroffenen Menschen im Landkreis muss nun endlich Schluss sein. Dazu beim nächsten TOP mehr.

Unsere Fraktion stimmt der Haushaltssatzung des Landkreises zu, ebenso den Wirtschaftsplänen 2017 für die Eigenbetriebe Abfallwirtschaft Landkreis Konstanz und Eisenbahnverkehrsunternehmen EVU „Seehäsele zu“.